

Basler Appell gegen Gentechnologie
Murbacherstrasse 34
Postfach 27
4013 Basel



13. Februar 2013

Medienmitteilung

PID, Eizellenspende, Leihmutterschaft: Die Nationale Ethikkommission plant einen Dambruch

Mit der heute veröffentlichten Stellungnahme der Nationalen Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin (NEK) wird der Paradigmenwechsel in der Fortpflanzungsmedizin ethisch legitimiert. Mit der Leihmutterschaft soll auch das letzte Tabu in der medizinisch unterstützten Fortpflanzung fallen. Der Basler Appell gegen Gentechnologie kritisiert das Papier als Dambruch. Denn die NEK wird ihrer Funktion, ethische Vorbehalte gebührend in ihre Abwägungen einzubeziehen, in keiner Weise gerecht.

Die Einschätzung der NEK-Mehrheit, dass im Bereich der Fortpflanzungsmedizin zukünftig auch hierzulande alles erlaubt sein soll, kommt nicht unerwartet. Der Wunsch, alles technisch Mögliche auch praktisch umzusetzen, liegt im Trend. Gerade erst hat man im Zuge der parlamentarischen Debatte um die Präimplantationsdiagnostik in der erstberatenden Ständerats-Kommission eine eklatante Ausweitung der Indikationen ins Auge gefasst. Passend dazu hat die Nationalratskommission in ihrer Mehrheit nicht verstanden, dass die Abgabe von Eizellen nicht analog wie eine Spermispende betrachtet werden kann – und hat eine entsprechende Motion zur Zulassung der Eizellenspende gutgeheissen.

Es scheint so, dass jetzt, wo das Fortpflanzungsmedizingesetz wegen der PID-Zulassung ohnehin überarbeitet wird, die gesamte Wunschliste der Reproduktionsmedizin unkritisch übernommen wird. War bisher noch die Rede davon, dass die PID hierzulande in etwa 100 Fällen pro Jahr angewendet werden soll, so werden es nach der Ausweitung auf das Screening bei jeder künstlichen Befruchtung 6000 Fälle sein. Verspricht sich die Fortpflanzungsmedizin hier ein gutes Geschäft? Anders ist die Entscheidung der NEK kaum zu verstehen, denn eine wissenschaftliche Begründung gibt es nicht.

Ein weiteres fragwürdiges Vorhaben ist die jetzt erneut forcierte Zulassung der Eizellenspende: Denn Frauen, die ihre Eizellen «spenden», tun dies aus ökonomischen Zwängen und nicht aus Altruismus. Dabei setzen sie ihre Gesundheit aufs Spiel und riskieren durch die Hormonbehandlung schwere Nebenwirkungen. Die Mehrzahl der Eizellspenderinnen in Europa kommt aus wirtschaftlich prekären Regionen. Der Ausbeutung sind also keine Grenzen gesetzt. Oder glaubt man ernsthaft, es würden sich genügend Schweizerinnen finden, die sich der Prozedur aussetzen?

In der Politik ist hinsichtlich der Fortpflanzungsmedizin der Trend auszumachen, alles, was nur irgendwie machbar ist, auch zuzulassen. Auch die VertreterInnen von linken Parteien und erstaunlicherweise viele Frauen scheinen dem Trugschluss zu erliegen, dass technische Machbarkeit ein emanzipatorischer Schritt sei. Sie haben ein falsches Verständnis von reproduktiver Freiheit und Gleichberechtigung. Wer glaubt, die Bereitstellung von Eizellen sei vergleichbar mit der Spermispende, möge sich den medizinischen Ablauf zu Gemüte führen. Dass nun sogar die EthikerInnen meinen, die Eizellenspende sei wichtig für die Gleichstellung von Mann und Frau, ist bedenklich.

Dass ein Schritt den nächsten nach sich zieht, war abzusehen. Von der Eizellenspende zur Leihmutterschaft ist es nur eine logische Folge. Denn wer will das eine erlauben und das andere

verbieten? Dass in diesem Bereich die Grenzen nicht halten werden, davor warnt der Basler Appell gegen Gentechnologie schon lange. Der Dammbruch war abzusehen.

Im Machbarkeitswahn wird übersehen, dass es für die Liberalisierungswelle in der Fortpflanzungsmedizin noch andere Hintergründe gibt: Lässt man die PID, bei der viele nicht verwendete Eizellen und Embryonen anfallen, zu, dann muss man diese auch irgendwie wieder loswerden. Also überlegt man sich gleich noch die Embryonenspende. Dass dahinter auch ein Interesse der Forschung steht, erwähnt die NEK nicht. Eizellen sind in der Stammzellforschung nötig, aber Mangelware. Und selbstredend kann ein Paar auch gleich überzählige Embryonen der Forschung zur Verfügung stellen. Bei der Eizellenspende bleiben so oder so Eizellen übrig – ein billiger Rohstoff für die Forschung.

Der Basler Appell gegen Gentechnologie fordert die politischen Parteien und die gesetzgebenden Instanzen auf, den Empfehlungen der NEK nicht Folge zu leisten. Vielmehr braucht es eine breite öffentliche Debatte über die geplante Ausweitung der fortpflanzungsmedizinischen Möglichkeiten. Gleichzeitig fordert der Verein die zuständigen ParlamentarierInnen auf, sich eingehend mit der Materie zu beschäftigen. Es gilt, nicht nur auf die technische Machbarkeit zu schielen, sondern sich die ethischen Auswirkungen auf die Gesellschaft vor Augen zu führen. Denn längst nicht alles, was machbar ist, ist auch ein Fortschritt.

Der Basler Appell gegen Gentechnologie wird in Kürze ein Faltblatt zur Fortpflanzungsmedizin veröffentlichen, das dann unter www.baslerappell.ch heruntergeladen werden kann.

**Für Rückfragen: Pascale Steck/Gabriele Pichlhofer, Basler Appell gegen Gentechnologie,
T 061 692 01 01 (Mo bis Mi 14-17 Uhr, Do und Fr 10-13 Uhr)**